

Antrag Nr. 25

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 169. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 26. November 2020

KOOPERATION STATT RUINÖSER WETTLAUF NACH UNTEN – ÖSTERREICH MUSS BEITRAG FÜR INTERNATIONALE STEUERFAIRNESS LEISTEN!

In der Steuerpolitik findet international und vor allem auch innerhalb der EU ein ruinöser Wettbewerb statt. Staaten konkurrieren mit niedrigen Steuersätzen und Sonderregelungen, um Unternehmen und Vermögende anzulocken. Besonders Großkonzerne und Digitalriesen reizen diese Möglichkeiten immer aggressiver aus. Dadurch verlagern sich verbleibende Steuerbeiträge immer mehr auf Arbeitnehmer/-innen und Konsumenten/-innen. Es steigt in vielen Ländern aber auch der Druck auf die öffentlichen Haushalte.

Die Folge: Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur werden immer mehr ausgedünnt. Aber auch die Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich geraten unter Druck und wurden in vielen Staaten wiederholt gekürzt. Hinzu kommt: Angesichts der COVID-19-Krise ist eine aktive Konjunkturpolitik unumgänglich, um einen weiteren Einbruch bei Wirtschaft und Beschäftigung zu verhindern. Für die massive Verteilungsschieflage, das Ausbleiben wichtiger Zukunftsinvestitionen und den Druck auf öffentliche Ausgaben für das Gemeinwohl sind die unverhältnismäßig geringen Steuereinnahmen von multinationalen Unternehmen sowie bei Kapitalerträgen und hohen Vermögen mitverantwortlich.

Diesem negativen Steuerwettlauf kann am besten gemeinsam begegnet werden. Nur wenn die Staaten international kooperieren, lässt sich diese Entwicklung nachhaltig stoppen. Österreich ist daher im Sinne einer fairen Steuerpolitik und nachhaltiger öffentlicher Finanzen dazu aufgefordert, die Bemühungen und Ansätze zur internationalen Kooperation im Steuerbereich ausdrücklich zu unterstützen und aktiv voranzutreiben.

Auf OECD-Ebene wird aktuell an Reformen gearbeitet, die sicherstellen sollen, dass (Internet-)Konzerne künftig einen größeren Beitrag zum Steuerkuchen leisten. Dabei ist neben einem globalen Mindeststeuersatz auch eine Gewinnzuteilung an die Marktstaaten geplant. Das würde sicherstellen, dass die (Internet-)Konzerne in Zukunft auch ohne physische Präsenz einen Teil ihrer in Österreich erwirtschafteten Gewinne hier versteuern müssten. Sollte die OECD keine zufriedenstellende Lösung zustande bringen, ist klar, dass es eine europäische Lösung in Richtung Digitalsteuer und digitale Betriebsstätte braucht.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert von der Bundesregierung, vom Finanzminister, von den im österreichischen und europäischen Parlament vertretenen Abgeordneten sowie von allen weiteren Repräsentanten/-innen Österreichs in internationalen Gremien, die Arbeiten auf Ebene der EU, der OECD und der UN in folgenden Bereichen aktiv voranzutreiben:

Eindämmung von Steuerbetrug (vor allem im Bereich der Mehrwertsteuer und bei Kapitalerträgen) und Geldwäsche



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Eindämmung von Gewinnverschiebung und aggressiver Steuervermeidung
Mindeststeuersätze im Bereich der Gewinnbesteuerung
öffentliche Berichtspflichten für Unternehmen und mehr Transparenz
stufenweise Einführung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung im Rat der EU
Umsetzung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer
Umsetzung von EU-Eigenmitteln, wie im Zuge des EU-Aufbaufonds angekündigt
koordiniertes Vorgehen gegen inner- und außergemeinschaftliche Steueroasen

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	--------------------------------------